

## Inhalt

**TITEL: Instrumentenreform**

**EU-INFO**

**FINANZIERUNG**

**NACHRICHTEN**

**VERANSTALTUNGEN**

**STELLENANGEBOTE**

**SONSTIGES**

## Impressum

IBPro e.V.

Lindwurmstr. 129e, 80337 München,  
Tel. (089) 47 50 61  
(Mo 13-16 Uhr und Di, Mi, Do 9-12 Uhr),  
Fax (089) 4 70 59 20,  
Internet: <http://www.ibpro.de>,  
E-Mail: [info@ibpro.de](mailto:info@ibpro.de)

Redaktion: Dieter Harant

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für die Richtigkeit der Beiträge kann keine Haftung übernommen werden.

INFODIENST erscheint zweimonatlich, er ist kostenlos; Am Ende des Jahres bitten wir Sie um einen freiwilligen Kostenbeitrag.

IBPro wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München gefördert.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.9.2011

## **Instrumentenreform oder die Sanierung des Staatshaushalts auf Kosten der Arbeitslosen**

Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland auf einem historischen Tiefstand, auch wenn die Quote nicht die tatsächliche der Unterbeschäftigung widerspiegelt. Unberücksichtigt ist die so genannte „Stille Reserve“. Zur „Stillen Reserve im engeren Sinne“ gehören alle erwerbsfähigen Menschen, die eigentlich gerne arbeiten würden, sich jedoch aus den verschiedensten Gründen nicht arbeitslos melden. Hinzu kommen Arbeitslose in Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten, Trainingsmaßnahmen u.a.). Bei großzügiger Berechnung beträgt das Defizit an regulärer Beschäftigung nach Joachim Möller (Direktor des IAB<sup>1</sup>) unter dem Strich zurzeit rund 4,5 Millionen.

Was die Struktur der Arbeitslosigkeit betrifft, sind von den derzeit bundesweit ca. 2,9 Millionen Arbeitslosen ca. zwei Millionen schwer vermittelbaren Hartz-IV-Empfänger, also im Bereich des SGBII verortet.

### **Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen**

Während sich die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger (SGB-III-Bereich) bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um ein Fünftel reduziert hat, gilt diese Entwicklung weit weniger für die Langzeitarbeitslosen aus dem SGBII - bundesweit hat sich deren Zahl im ersten Halbjahr lediglich

<sup>1</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

um 4,3% reduziert. In München war die Abnahme der Langzeitarbeitslosen noch geringer, nämlich 1,6% und das trotz eines sehr aufnahmefähigen Arbeitsmarktes.

Trotz dieser Fakten behauptet das BMAS<sup>2</sup> im Text des Gesetzentwurfs zur Instrumentenreform: *„Insbesondere der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und das damit verbundene Aufbrechen der strukturellen Arbeitslosigkeit bestätigen die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen.“*<sup>3</sup>

### **Ziele oder potemkische Dörfer?**

Wirkungsorientierung, Bürokratieabbau, Flexibilität oder Stärkung dezentraler Handlungskompetenz sind die Schlagworte für die Reform und manche Zielbeschreibungen im Gesetzentwurf könnten durchaus aus der Feder arbeitsmarktpolitischer Praktiker stammen: *„Als Ziele guter Arbeitsmarktpolitik sind besonders eine rasche und möglichst nachhaltige Eingliederung in ungeforderte Erwerbstätigkeit - insbesondere in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung...zu nennen“*<sup>3</sup> Leider stehen dies im Widerspruch zu den tatsächlichen Ergebnissen im Bereich der Förderung Langzeitarbeitsloser. Denn wie verträgt sich die Zielsetzung der Nachhaltigkeit, wenn die Verbleibsquote in Arbeit bspw. in München durchschnittlich nur ca. 5 Monate andauert.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Herr Straubinger meinte zu dieser Zahl während einer Veranstaltung des Bündnisses München Sozial am 25.7. lapidar: „das wäre doch besser als gar keine Arbeit“ - das mag sein, aber noch besser wäre doch eine längerfristige Qualifizierung, die zu einem dauerhaften Verbleib führt und auch dauerhaft die Sozialkassen, die kommunalen Haushalte entlastet. Und ob Arbeitgeber von einem Patchwork-Lebenslauf besonders angetan sind, ist ebenfalls zu bezweifeln.

Ein weiterer Passus aus dem Gesetzesentwurf liest sich ebenfalls ganz positiv:

*„Dabei müssen Menschen, die nicht unmittelbar in ungeforderte Erwerbstätigkeit integriert werden können, gezielt unterstützt werden, ihre Vermittlungschancen für den allgemeinen Arbeitsmarkt und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern bzw. zu erhalten. Damit werden Perspektiven der gesellschaftlichen Teilhabe und Lebenschancen eröffnet.“*<sup>3</sup> und weiter

*„Eine passgenaue Vermittlung setzt weiter voraus, es den Menschen zu ermöglichen, für die Anforderungen des Arbeitsmarktes ausreichend qualifiziert zu sein.“*

Wie das gehen soll: nachhaltige Eingliederung, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe bei gleichzeitigen massiven Kürzungen, bleibt das Geheimnis des BMAS.

### **Umfang der Kürzungen**

Es wird offensichtlich, dass das arbeitsmarktpolitische Projekt der Instrumentenreform vor allem der Umsetzung des 80 Milliarden schweren Sparpaketes der Bundesregierung (bis 2014) zur Finanzierung der gigantischen Bankenrettung dienen soll. Prof. Sell von der FH Koblenz meint hierzu: *„Der Arbeitsmarktbereich trägt die größten Anpassungsleistungen für die Finanzierung der Staatsschuldkrise, soweit die Staatsschuldenkrise auf die Bankenrettung zurückzuführen ist.“*<sup>4</sup>

Allein auf die Bundesagentur für Arbeit entfallen in den nächsten Jahren 16 Milliarden Euro an Kürzungen. Für den Bereich des SGB II waren 2010 noch 6,6 Mrd. Euro angesetzt, im Jahr 2011 werden nur noch 5,3 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Dies entspricht einer Mittelkürzung um 19,7 Prozent. Von diesen Mitteln sind bereits 12,1 Prozent für die Bundesprogramme „Beschäftigungspakt für Ältere“, „Kommunal-Kombi“ und „Bürgerarbeit“ blockiert. Folglich stehen effektiv nur 4,7 Mrd. Euro für Leistungen zur Eingliederung nach SGB II außerhalb dieser Programme zur Verfügung. Gegenüber 2010 (6,2 Mrd. Euro) entspricht das einer Mittelkürzung um 1,54 Mrd. Euro oder 24,8 Prozent.

Für das nächste Jahr sind Kürzungen in ähnlicher Größenordnung zu erwarten, 2013 und 2014 stehen weitere Kürzungsrunden an.

### **Die geplante Neuausrichtung im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung**

Die bisherigen Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden nun zu zwei Instrumenten zusammengefasst. Gefördert werden

- AGH mit Mehraufwandsentschädigung (§16d neu) bei reduzierter Trägerpauschale und

<sup>2</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales

<sup>3</sup> Aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

<sup>4</sup> Bei einem Vortrag am 9.6.11 in München

- zusätzliche Arbeitsverhältnisse durch Arbeitsentgeltzuschüsse (§16e neu), letzteres begrenzt auf max. 75% des Arbeitsentgelts und 5% des Eingliederungstitels.

Hinzu kommen Verschärfungen bei den Fördervoraussetzungen. „Zusätzlichkeit“, „öffentliches Interesse“ und „Wettbewerbsneutralität“ werden nun gesetzlich vorgegeben. Bisher bestand die Möglichkeit diese Problematik mit den Akteuren (Kammern, Gewerkschaften) vor Ort abzustimmen. Die Einsparungen werden genau bei dem Instrument verwirklicht, das bei seiner Einführung, von der damaligen Regierung noch als *die* Neuerung und Verbesserung gepriesen wurde und gegen den Willen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetrieben politisch durchgesetzt worden ist. Damals konnten damit kostengünstig die Arbeitslosenzahlen reduziert werden, inzwischen geht es nur noch um Mitteleinsparungen, deshalb ist das Instrument politisch nicht mehr opportun. Passend dazu kam letzten Herbst ein Bericht des Bundesrechnungshofs mit einer erheblichen Kritik an der Nutzung des Instruments der Arbeitsgelegenheiten. Dem Vorschlag des BRH die Zusätzlichkeit zu streichen, folgte das BMAS bezeichnenderweise nicht.

### **Folgen für Langzeitarbeitslose**

In den vergangenen zwölf Monaten ist die Anzahl an öffentlich geförderten Beschäftigten in Bayern um mehr als 35% gesunken (Stand April 2011), das sind die Auswirkungen lediglich aufgrund der Kürzungen..

Mit den geplanten Gesetzesänderungen werden realitätsnahe Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote nahezu unmöglich. Dies steht im Widerspruch der Einschätzung vieler Arbeitsmarktexperten, wie Prof. Sell: *„Der Kernbereich der öffentlich geförderte Beschäftigung sollte so nah wie nur irgendwie möglich am ersten Arbeitsmarkt sein, muss sich also durch eine besondere Wirtschaftsnähe auszeichnen und nur die Randbereiche für besondere Zielgruppen können weit weg sein ....“*<sup>5</sup>

Langzeitarbeitslose, die nicht schnell und kostengünstig vermittelt werden können, haben damit kaum noch eine Chance dauerhaft integriert zu werden. Ihnen droht wegen der einseitigen Orientierung der Förderung auf eine schnelle Integration in den ersten Arbeitsmarkt, dass sie vollkommen abgehängt zu werden.

Die Folge sind sog. Creamingeffekte: *„Wenn man also weniger Mittel hat und gleichzeitig aber von den Jobcentern erwartet, dass Sie hohe Integrationsquoten erzielen, dann müssen Sie von der Logik her diejenigen besonders versuchen zu integrieren, bei denen sie relativ kurzfristig eine hohe Integrationswahrscheinlichkeit haben.“*<sup>4</sup>

Ungelöst bleibt in der Reform auch das Problem der nicht mehr integrierbaren Langzeitarbeitslosen, das hat auch Heinrich Alt BA-Vorstand erkannt: *„Es gibt eine relevante Zahl von Kunden, von Bewerbern, von Arbeitssuchenden, die dauerhaft subventioniert werden müssen, wenn wir sie dauerhaft beschäftigen wollen.“*<sup>6</sup>

### **Korrekturbedarf**

Von verschiedensten Stellen und Organisationen gibt es mittlerweile kritische Stellungnahmen zur geplanten Gesetzesreform. Bei folgendem Aufruf „Arbeitsmarktpolitik für alle“ des Paritätischen Gesamtverbands kann jeder einen kleinen Beitrag zur Kurskorrektur leisten:

<http://www.der-paritaetische.de/arbeitsmarktpolitik/aufruf/>

Um den Aufruf zu unterstützen, genügt es, eine Mail mit Namen und Funktion bzw. Organisation an folgende Adresse zu schreiben: [aufruf@arbeitsmarktpolitik-fuer-alle.de](mailto:aufruf@arbeitsmarktpolitik-fuer-alle.de).

### **Weitere Infos/Links zum Thema:**

Stellungnahme der Bag-Arbeit zum Gesetzentwurf:

<http://www.bagarbeit.de/aktuell/nachrichten/key@1403>

Arbeitsmarktpolitik und Finanzen (Hintergrundinfos):

<http://www.ak-sozialpolitik.de/dukumente/2011/2011-05-17%20SoSi.pdf>

---

<sup>5</sup> PPT-Vortrag Prof. Sell am 9.6.2011

<sup>6</sup> Vortrag am 9.6.11 in München

Arbeitsaufnahmen von SGB-II-Leistungsempfängern – Viele Jobs von kurzer Dauer  
<http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k110531n01>

Powerpointvortrag Prof. Stefan Sell FH Koblenz zum Thema: arbeitsmarktpolitische  
Förderinstrumente für Langzeitarbeitslose:  
<http://magafi.de/index.php?la=&cat=08&id=30&art=7>

Dokumente zur Arbeitsmarktreform  
<http://www.lag-arbeit-hessen.net/index.php?id=51>

Dieter Harant

---

## EU-Info



### EU-Finanzrahmen 2014 - 2020

Die EU-Kommission hat dazu ihren Entwurf des Finanzrahmens für die Jahre 2014 bis 2020 vorgestellt, der Zahlungen auf ein Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttonationaleinkommen, BNE) begrenzt. Das wären für die sieben Jahre insgesamt 972,2 Milliarden Euro. Als Zahlungsverpflichtungen sind mit 1025 Milliarden Euro 1,05 Prozent des BNE vorgesehen. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung beginnt in unseren Städten und Regionen. Die relativ hohen Beträge, die für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt aufgewendet werden (376 Mrd. Euro im gesamten Zeitraum), sollen stärker mit den Zielen der Strategie „Europa 2020“ verknüpft werden. Es wird eine neue Kategorie von Regionen, die „Übergangsregionen“, eingeführt. Neue Vorschriften sollen dafür sorgen, dass EU-Mittel ergebnisorientiert eingesetzt werden.

Die Kommission schlägt auch eine Ausweitung der Programme zur Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung vor. In junge Leute zu investieren wird sich auszahlen. In der Vergangenheit bestand eine Vielzahl von Instrumenten nebeneinander her. Statt dessen schlägt die Kommission ein Gesamtprogramm mit einem Volumen von 12,5 Mrd. Euro für die Bereiche Bildung und Fortbildung sowie Jugend vor, dessen Schwerpunktthemen Qualifizierung und Mobilität sind.

Weitere Schwerpunktbereiche sind Landwirtschaft, Außenbeziehungen und Forschung.

Quelle: [http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/10060\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10060_de.htm)

### Leonardo: Sonderausschreibung für Mobilitätsprojekte

Leonardo da Vinci ist das EU-Programm der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Im Rahmen dieses Programms werden Auslandsaufenthalte zum beruflichen Lernen, internationale Partnerschaften und Projekte zur Entwicklung von Innovationen sowie Netzwerke gefördert. Mit Leonardo-Mobilität unterstützt die EU die systematische Integration von Auslandsaufenthalten in die Berufsbildung.

#### Zielgruppen:

- Auszubildende in der Erstausbildung (IVT – Initial Vocational Training)
- Personen auf dem Arbeitsmarkt (PLM – People in the Labour Market)
- Fachkräfte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (VETPRO – Vocational Education and Training Professionals)

#### Antragssteller:

können sein: private oder öffentliche Organisationen, die in der Berufsbildung tätig sind (z.B. Ausbildungseinrichtungen, berufsbildende Schulen, Unternehmen, gemeinnützige Organisationen, ehrenamtliche Einrichtungen etc.).

#### Frist: 26. August 2011

Bis dahin können im Rahmen einer Sonderausschreibung aktuell Mobilitätsprojekte im Bereich der Erstausbildung (IVT) und des Bildungspersonals (VETPRO) beantragt werden, Fördervolumen in Deutschland 4 Mio.

Weitere Infos/Antragsstellung unter: [http://www.na-bibb.de/antragstellung\\_195.html](http://www.na-bibb.de/antragstellung_195.html)

### Integration von Roma

Die EU-Kommission fordert im Rahmen des Programms Lebenslanges Lernen dazu auf, Vorschläge zur Förderung der Integration von Roma in das und durch das Bildungssystem einzureichen.

**Ziele:**

Die Unterstützung von Kooperationsprojekten bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Bildungs- und anderen politischen Maßnahmen, um die Beteiligung und den Bildungsgrad von Roma-Schülern in der allgemeinen Bildung und in der Berufsbildung zu verbessern und Netzwerkaktivitäten zur Sensibilisierung für die erfolgreichsten Verfahrensweisen in diesen Bereichen.

Geförderte Aktivitäten: Weiterbildung von Lehrkräften und gemeinschaftlichen Ombudsleuten; Kooperationsprojekte für den Aufbau von Kapazitäten; Kooperationsprojekte (z. B. wechselseitiges Lernen und Peer-Learning, Ausweitung, Verstärkung oder Verallgemeinerung der besten pädagogischen, abhelfenden und betreuenden Praktiken); Vernetzung u. a.

**Antragssteller:**

können sein: NRO, öffentliche Einrichtungen und Organisationen von Interessengruppen, nationale Ministerien, Schulen und andere Ausbildungseinrichtungen aus allen Staaten, die am Programm teilnehmen.

**Frist: 16. September 2011; Antragsvolumen ca. 600 T€**

Weitere Informationen finden Sie in der Ausschreibung unter:  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:193:0018:0019:DE:PDF>

---

## **Finanzierung**

### **Deutscher Naturschutzpreis gestartet**

Der Wettbewerb fördert Naturbewusstsein und bürgerschaftliches Engagement. Der neue Preis wird künftig einmal im Jahr als Förderpreis für besonders originelle, zukunftsweisende und vorbildliche Projektideen im Bereich Naturschutz vergeben. Damit trägt der Preis dazu bei, das Bewusstsein der Menschen zu schärfen und sie für ein Naturschutzengagement zu motivieren. 2011 steht der Preis unter dem Motto „Zukunft Wald – schützen, erleben, nutzen“. Projekte, die sich in diesem Jahr bewerben, müssen daher einen eindeutigen Bezug zu diesem Thema haben. Ideen können ab sofort eingereicht werden.

Der neue nationale Naturschutzpreis richtet sich an ehrenamtlich im Naturschutz oder in der Naturbildung engagierte Einzelpersonen sowie nichtstaatliche und gemeinnützige Organisationen, wie Naturschutzverbände, Vereine und Stiftungen, Bürgerinitiativen, Schulen, Kindergärten, andere Bildungseinrichtungen und -initiativen sowie Jugendorganisationen und -verbände u. a.

Die von Jack Wolfskin gestiftete Preissumme von insgesamt 250.000 Euro wird auf die prämierten Projekte aufgeteilt. Weitere Infos unter:

<http://www.deutscher-naturschutzpreis.de/einzelmeldung+M5362b0e7771.html>

### **Wettbewerbsstart Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2012**

Der 14. bundesweite Wettbewerb um den Förderpreis Aktive Bürgerschaft ist gestartet. Die mit insgesamt 40.000 Euro dotierte Auszeichnung wird Bürgerstiftungen verliehen, die sich in herausragender Weise für ihre Gemeinde, Stadt oder Region engagieren. Bewerbungsschluss ist der 16.08.2011. Die Ausschreibungsunterlagen sind online veröffentlicht. Einen Rückblick auf die diesjährige Preisverleihung bietet der ebenfalls online verfügbare "Blickpunkt Förderpreis 2011".

Weblink: [http://www.aktive-buergerschaft.de/fp\\_files/VAB\\_Ausschreibung\\_Foerderpreis\\_2012.pdf](http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/VAB_Ausschreibung_Foerderpreis_2012.pdf)

---

## **Nachrichten**

### **Abschied von ELENA – wenige trauern**

Die Speicherung der Einkommensdaten von Millionen Arbeitnehmern wird nunmehr eingestellt. Das Wirtschafts- und Arbeitsministerium verständigten sich nunmehr darauf, das Lohnmeldeverfahren ELENA schnellstmöglich einzustellen. Begründung: Der für das Verfahren notwendige

Sicherheitsstandard bei der elektronischen Signatur sei "in absehbarer Zeit nicht flächendeckend" zu erreichen. Die bisher gespeicherten Daten sollen unverzüglich gelöscht und die Arbeitgeber von den bestehenden elektronischen Meldepflichten entlastet werden.

Nunmehr soll ein neues Konzept für ein einfacheres Meldeverfahren zur Sozialversicherung erarbeitet werden. ELENA startete Anfang 2010 mit dem Ziel der Entbürokratisierung. Die Arbeitgeber sind seitdem gesetzlich verpflichtet, monatlich die Entgeltdaten von Beschäftigten an eine zentrale Speicherstelle bei der Deutschen Rentenversicherung zu übermitteln. Behörden können bundesweit auf diese Daten zugreifen bei der Bearbeitung von Anträgen auf staatliche Leistungen wie Arbeitslosen-, Wohn- oder Elterngeld. Von Anfang an stand ELENA unter einem schlechten Stern. Sowohl Datenschützer kritisierten es, als auch Kommunen und Unternehmen wegen hoher Zusatzkosten.

Siehe: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=424742.html>

## **Auswirkungen gemeinnützigkeitsschädlicher Tätigkeit**

Eine gemeinnützigkeitsschädliche Geschäftsführung bewirkt grundsätzlich nur die Aberkennung der Steuerbegünstigung des jeweiligen Geschäftsjahres; Lediglich bei gravierenden Verstößen kommt es zu einer 10-jährigen rückwirkenden Nachversteuerung (§ 61 Abs. 3 AO).

Quelle: BFH, Beschluss vom 12. Oktober 2010 – I R 59/09

## **Übermittlungspflicht für Bildungseinrichtungen aufgehoben**

Schulen, Kindergärten und andere Bildungseinrichtungen müssen künftig Ausländerbehörden nicht mehr über Kinder und Jugendliche unterrichten, die ohne rechtmäßigen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Eine entsprechende Gesetzesänderung wurde Anfang Juli vom Deutschen Bundestag beschlossen.

Quelle: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft (14) 2011

## **Webseite ist Ausdruck satzungsmäßiger Geschäftsführung**

Bei der Prüfung, ob eine gemeinnützige Einrichtung überwiegend satzungsgemäß tätig ist, darf das Finanzamt die Angaben auf der Website der Einrichtung heranziehen. Das hat der Bundesfinanzhof in einem aktuellen Urteil bestätigt. ( BFH, Urteil vom 9.02.2011, I R 19/10)

Die Inhalte der eigenen Internetseiten sind für das Finanzamt eine leicht zugängliche und regelmäßig genutzte Quelle, um sich über die Tätigkeiten einer gemeinnützigen Organisation zu informieren. Finden sich hier Hinweise, dass der Verein nicht überwiegend Zwecke verfolgt, die seiner Satzung entsprechen, kann das Finanzamt auf Grund der Angaben auf der Website die Gemeinnützigkeit entziehen.

Quelle: Vereinsinfobrief Nr. 229 / [www.vereinsknowhow.de](http://www.vereinsknowhow.de)

## **Vorschriften für Zuwendungsbestätigungen überarbeitet**

In einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums sind im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder die Vorschriften für die Verwendung der verbindlichen Muster für Zuwendungsbestätigungen im Sinne des § 50 Absatz 1 der Einkommensteuereinführungsvorordnung überarbeitet worden.

Download unter [www.ibpro.de](http://www.ibpro.de) unter Aktuelles

## **E-Mail-Account eines Mitarbeiters darf u.U. eingesehen werden**

Der Arbeitgeber darf bei krankheitsbedingter Abwesenheit des Arbeitnehmers die dienstlichen Mails einsehen und zur Bearbeitung von Kundenanfragen oder von geschäftlichen Belangen kopieren. Die Klägerin war eine Mitarbeiterin bei dem Beklagten, ihrem Arbeitgeber. Nachdem sich die Klägerin für einen langen Zeitraum krankheitsbedingt abgemeldet hatte, ohne eine elektronische Abwesenheitsnotiz einzurichten und ohne einen Stellvertreter zu benennen, versuchte die Beklagte,



Kontakt zu der Klägerin aufzunehmen, um die dienstlichen E-Mails zu checken. Der verklagte Arbeitnehmer habe alles Denkbare getan, um nicht ungefragt auf die E-Mails zugreifen zu müssen. Er habe mehrfach Kontaktanfragen gestellt, die jedoch unbeantwortet blieben. Auch die Miteinbeziehung des Betriebsrates und einer Sozialbetreuerin spreche für die Arbeitgeberseite. Um seine geschäftliche Tätigkeit aufrecht zu erhalten, müsse es dem Arbeitgeber möglich sein, auf berufliche Mails zuzugreifen. Private Mails seien im vorliegenden Fall zu keinem Zeitpunkt gelesen worden, sondern seien vorab ausgesondert worden.

LAG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 16.02.1011 - Az.: 4 Sa 2132/10.

Quelle: Rechts-Newsletter 30. KW / 2011: Kanzlei Dr. Bahr

## Daten zum Wirtschaftsfaktor Zivilgesellschaft

Knapp 90 Milliarden Euro erwirtschafteten im Jahr 2007 die gemeinnützigen Organisationen des Dritten Sektors in Deutschland. Sie trugen damit 4,1 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei, gleich viel wie die Bauwirtschaft. In über 100.000 gemeinnützigen Unternehmen sind fast 2,3 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Diese Zahlen stellte das Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) am 29.06.2011 in Berlin vor (< Ausgabe 112 - Mai 2011).

Nach den Daten des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project von 1995 liegen damit erstmals wieder aktuelle Zahlen zur ökonomischen Funktion des Dritten Sektors vor. Wie auf der Tagung diskutiert wurde, liefert die vorgelegte Bestandsaufnahme der 100.000 Unternehmenseinheiten jedoch nur Einblick in einen Teilbereich des Dritten Sektors: Bei insgesamt rund 600.000 Vereinen, Stiftungen und anderen gemeinnützigen Organisationen bleiben fünf Sechstel des Bereichs zwischen Markt, Staat und Familie unerfasst, da diese ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigte arbeiten oder unter der Grenze von 17.500 Euro Jahresumsatz bleiben. Die Daten wurden auf Basis des Unternehmensregisters gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und dem Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Universität Heidelberg ermittelt. Dazu mussten 3,6 Millionen Datensätze maschinell und manuell hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zum Dritten Sektor anhand verschiedener Merkmale klassifiziert werden. Träger von ZiviZ sind der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., die Fritz Thyssen Stiftung und die Bertelsmann Stiftung.

Quelle: [www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de](http://www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de)

---

## Veranstaltungen

---

### IBPro-Seminare (freie Plätze)

Titel	Termine 2011	Kosten in €
<b>Förderung durch die Öffentliche Hand</b> <a href="http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/foerderung-durch-die-offentl-hand-200911/">http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/foerderung-durch-die-offentl-hand-200911/</a>	20.09.	125
<b>Gruppenprozesse verstehen und steuern</b> <a href="http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/gruppenprozesse-verstehen-und-steuern/">http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/gruppenprozesse-verstehen-und-steuern/</a>	26. - 28.09.	350
<b>Führen und Leiten in NPOs (4 Module)</b> <a href="http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/fuehren-und-leiten-in-non-profit-organisationen/">http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/fuehren-und-leiten-in-non-profit-organisationen/</a>	ab 19. - 21.10.	1400
<b>Pädagogisches Handwerkszeug</b> <a href="http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/paedagogisches-handwerkszeug/">http://www.ibpro.de/seminarprogramm/anmeldeformular/paedagogisches-handwerkszeug/</a>	12. - 13.10.	120

Nähere Information unter [www.ibpro.de](http://www.ibpro.de) oder Tel. (089) 47 50 61 (Frau Kochenburger).

---

## Stellenausschreibungen

---

### Avanta-München sucht

**Arbeitsanleitung / Fachkraft** mit sehr guten Büro- und EDV-Kenntnissen (Bürokauffrau, Arbeitserzieherin, Dipl. Soz.-Päd., o. Ä. – aufgrund der Zielgruppe erfordert die zu besetzende Stelle eine weibliche Fachkraft.)

**Zuschusswesen / Controlling** mit einschlägiger Berufserfahrung in Teilzeit (30 – 35 Std.)

**Projektkoordination Qualifizierung** und Qualitätsmanagement mit einschlägiger Berufserfahrung in Teilzeit (30 – 35 Std.)

Nähere Infos unter: <http://www.avanta-muenchen.de/fr-job.html>

Schriftliche Bewerbungen an: Avanta München e.V. Frau Fues, Stahlgruberring 22, 81829 München

Für Fragen: Frau Fues, Tel: 089 189349 30, Email: [gabriele.fues@avanta-muenchen.de](mailto:gabriele.fues@avanta-muenchen.de)

### Praktikumsplätze in Münchner Unternehmen, Organisationen und Institutionen gesucht!

Für die künftigen Office-Managerinnen aus unserem Projekt benötigen wir laufend Praktikumsstellen, in denen sie das erlernte Wissen vertiefen und fachliche Kompetenzen erweitern und trainieren können. Dazu suchen wir Münchner Unternehmen, Organisationen und Institutionen, die im Büro- bzw. kaufmännischen Bereich oder auch im Vertrieb usw. einen Praktikumsplatz für acht bis zwölf Wochen (ab Mitte/Ende Oktober 2011) zur Verfügung stellen wollen.

Das Praktikum ist entgeltfrei und umfasst idealerweise 20 bis 30 Wochenstunden. Hinweise zum Praktikum finden Sie auch im „Praktikums-ABC“ und im aktuellen JOBFIT fürs Office Newsletter für Unternehmen, Organisationen und Institutionen unter:

[http://www.jobfit-fuers-office.de/info\\_unternehmen.html](http://www.jobfit-fuers-office.de/info_unternehmen.html)

Rückmeldung bis 9. September 2011!

Ihre Ansprechpartnerin im Projekt ist Sandra Hediard, [sandra.hediard@frau-und-beruf.net](mailto:sandra.hediard@frau-und-beruf.net), Telefon: 089 720 199-15.

---

## Sonstiges

---

### Overheadprojektor Modell „Medium 5000“, schwarz



(Bild zeigt ein ähnliches Modell)

Gegen Abholung geben wir einen voll funktionsfähigen Overheadprojektor an eine gemeinnützige Einrichtung ab (inklusive Ersatzlampe).

Kontakt: IBPro, Lindwurmstr. 129e, 80337 München, Tel. 089 475061. Eine Wegbeschreibung zu IBPro finden Sie unter [www.ibpro.de/Seminarprogramm](http://www.ibpro.de/Seminarprogramm).